

# Befragung wurde zum Match



Fotos: www.picturedesk.com

**„Ich habe nicht gewusst, dass Ott ein Problemfall ist. Ich kenne weder Weiss noch Ott noch Jan Marsalek.“**

FPÖ-Chef Herbert Kickl

Kickl gab sich im Ausschuss schlagfertig und scheute keinen Konflikt mit seinen Befragern

ÖVP gekommen, betonte Kickl. Das sei ein „Vollversagen der Österreichischen Volkspartei“. Dort, wo Russland und Marsalek draufstehe, „ist zu 98 oder 99 Prozent die ÖVP drinnen“.

## „Das ist eine Drecks- und Sudelkampagne“

Er habe Belege dafür, dass Bundespolizeidirektor Michael Takacs Jan Marsalek mehrfach getroffen habe, so Kickl. Den Vorwurf der Russlandfreundlichkeit wies

**Das ist eine skurrile Veranstaltung der Österreichischen Video Partei - ÖVP. Können wir es bitte dunkel machen?**

FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker

Kickl zurück. Er „persönlich habe gar keinen Bezug zu Russland“. Den Versuch der Neos, die alte Bestechungsaffäre „Ideenschmiede“ zum Thema zu machen, brachte

Kickl auf die Palme. „Sie missbrauchen den U-Ausschuss und versuchen eine Drecks- und Sudelkampagne.“ Für Kopfschütteln sorgten Videovorführungen der ÖVP, die keinen Zusammenhang mit dem Beweisthema hatten.

## Neue Akten zu Spionage angefordert

Der U-Ausschuss hat nur noch wenige Befragungstage, weil er drei Monate vor der Wahl enden muss. Die russische Spionage soll aber

noch ausführlicher behandelt werden. Die ÖVP hat den Ott-Akt angefordert und will Ott selbst und seine Kontaktmänner und ehemaligen FPÖ-Abgeordneten Johann Gudenus und Hans-Jörg Jenewein als Auskunftspersonen laden. Auch Kickl soll neuerlich befragt werden. Die Befragung von Kickls ehemaligem Kabinettschef Reinhard Teufel musste aufgrund von Verzögerungen zum wiederholten Male verschoben werden.

P. Mladenova, N. Frings

## PENSIONSSPLITTING

### Pensionisten-Präsidentin Korosec macht Druck auf die Regierung

„Seit 30 Jahren fordern Experten und ich das automatische Pensionssplitting“, sagt Ingrid Korosec (ÖVP) zur „Krone“. Sie erhöht den Druck auf die Regierung, dass diese in dieser Legislaturperiode die Forderung umsetzt. Seit 2005 gibt es ein freiwilliges Pensionssplitting, das heißt: Wer die Mög-

lichkeit nutzen möchte, muss es beantragen. Der besser verdienende Partner kann bis 50% seiner Pensionsansprüche auf den schlechter verdienenden Partner übertragen – Gut-schrift auf das Pensionskonto. Dies werde jedoch nur wenig angenommen. 2023 waren es nur 1348 Personen.

Korosec und Co. wollen das daher umdrehen. Wer das Splitting nicht will, muss das beantragen. Korosec sorgt sich vor allem um die Altersarmut bei Frauen. Das automatische Pensionssplitting stehe im Regierungsabkommen, und es stehe auch im Österreichplan von Kanzler Nehammer. „Trotzdem wird noch immer diskutiert und verhandelt. Jetzt muss endlich gehandelt werden.“



Foto: https://noyinskyi.com/en/